

Mit dem Rahmenabkommen sollen die bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU weiterentwickelt werden. BILD KEY



Plan B kommt gut an – im Grundsatz

Das Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU wird von manchen als klinisch tot beschrieben, und ein Wirtschaftskomitee macht sich für eine bessere Lösung stark. Gegenüber dieser haben Schaffhauser Unternehmer Vorbehalte, aber auch Sympathien.

Reto Zanettin

BERN/SCHAFFHAUSEN. So, wie es ist, kann es nicht bleiben. Zu diesem Schluss kommt, wer die politische Diskussion um das Rahmenabkommen verfolgt. Die SVP lehnt den Vertrag rundweg ab, die SP hat Bedenken wegen des Lohnschutzes. CVP-Präsident Gerhard Pfister nannte die Rolle des Europäischen Gerichtshofs in einem Interview mit dem «Tages-Anzeiger» toxisch. Und alt Bundesrat Johann Schneider-Ammann (FDP) schrieb in einem NZZ-Kommentar, nicht nur beim Lohnschutz, den staatlichen Beihilfen und der Unionsbürgerrechtlinie solle nachgebessert werden. «In den (Nach-)Verhandlungen muss unbedingt auch die grundsätzliche Frage der staatlichen Souveränität angesprochen werden.» Für diese weiteren Verhandlungen hat der Bundesrat nachgerüstet. Er hat mit Livia Leu eine neue Chefunterhändlerin eingesetzt und das Verhandlungsmandat festgelegt. Was darin genau enthalten ist, hat die Landesregierung zunächst geheim gehalten. Erst in einer Antwort auf eine parlamentarische Interpellation liess sie sich in die Karten blicken. Demnach will der Bundesrat «zufriedenstellende Klärungen erreichen, namentlich in den Bereichen staatliche Beihilfen, Lohn- und Arbeitnehmerschutz sowie Unionsbürgerrechtlinie».

In diesen drei Punkten möchte auch der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse Verbesserungen. «Wir wollen den bilateralen Weg fortsetzen. Das Rahmenabkommen erachten wir als Schlüssel dazu», sagt Monika Rühl, Vorsitzende der Geschäftsleitung von Economiesuisse. Nur durch den Rahmenvertrag würden die bilateralen Abkommen aufdatiert und ihren Wert behalten. «Das Gesamtpaket schafft Rechtssicherheit und gewährleistet den Schweizer Unternehmen den Zugang zum EU-Binnenmarkt.» Rühl zeigt sich ferner zuversichtlich, dass die EU in den kommenden Verhandlungen Hand bieten wird, wenn es um Präzisierungen zu den einzelnen Punkten geht.

«Wir brauchen Souveränität»

Eine grundsätzlich andere Haltung nimmt Hans-Jörg Bertschi ein. Er ist Unternehmer und Co-Präsident des Wirtschaftskomitees Autonomiesuisse,

«Neuverhandlungen würden vermutlich Jahrzehnte der Unsicherheit bedeuten.»

Marcel Fringer
Unternehmer

das Mitte November erstmals öffentlich auftrat. «Ich bin nicht gegen ein Rahmenabkommen mit der EU, und ich unterstütze ausdrücklich den bilateralen Weg. Aber ich setze mich für einen besseren Rahmenvertrag ein als jenen, über den zurzeit Verhandlungen laufen», hält Bertschi fest. Er empfindet die Position von Economiesuisse als zu einseitig und kurzfristig ausgerichtet. Nachverhandlungen in den drei genannten Punkten genügen nicht, denn: «Auf dem Spiel steht nicht nur der Marktzugang, sondern die Souveränität der Schweiz», erklärt Bertschi. Als Unternehmer denke er: «Wir brauchen Souveränität, damit wir unsere wirtschaftlichen Rahmenbedingungen selbst gestalten können und sie uns nicht von Brüssel aus diktiert werden.» Mit dem Rahmenabkommen würde mittelfristig eine Angleichung an die deutlich schlechteren Bedingungen in der EU stattfinden, und dies würde die Wettbewerbsfähigkeit von Schweizer Unternehmen schwächen, so Bertschi.

Dagegen führt Rühl ins Feld: «Die Schweiz wird ein Mitspracherecht – wenn auch kein Mitbestimmungsrecht – erhalten. Sie kann dadurch bei der Rechtssetzung im Bereich der fünf Marktzugangsabkommen mitreden.» Dazu schreiben Christa Tobler, Professorin für Europarecht, und der Rechtsanwalt Jacques Beglinger in ihrer Publikation zum institutionellen Rahmenabkommen das Folgende: «Mitsprache bedeutet zum Beispiel die Mitarbeit der Schweiz in vorbereitenden Ausschüssen der EU. Auf diese Weise kann die Schweiz durchaus Einfluss ausüben.» Rühl sagt, am Ende müsse die Schweiz eine Abwägung vornehmen. «Wo gewinnen wir, wo verlieren wir Selbstbestimmung – und nehmen wir Einbussen zugunsten des Marktzugangs in Kauf?» Das Paket solle insgesamt ausgewogen sein.

Wirtschaftsabkommen als Plan B

Bertschi hat eine solche Abwägung bereits vorgenommen. «Auf lange Sicht überwiegen die Nachteile des Rahmenabkommens die Vorteile deutlich. Die Schweiz und die EU sollten deswegen eine Denkpause einlegen und nach Alternativen suchen.» Als einen solchen Plan B sieht Bertschi ein umfassendes

Wirtschafts- und Freihandelsabkommen (Ceta; «Comprehensive Economic and Trade Agreement»), wie es die EU und Kanada ausgehandelt haben. «Ein solches Freihandelsabkommen würde vieles abdecken, was wir heute in den bilateralen Verträgen geregelt haben. Aber es würde nicht zur dynamischen Übernahme von EU-Recht führen und die Schweiz nicht der Gerichtsbarkeit des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) unterstellen», erklärt Bertschi.

Beim Wirtschaftsdachverband Economiesuisse fanden zwar Gespräche über ein Freihandelsabkommen im Stil eines Ceta statt. «Unser Augenmerk gilt in erster Linie dem Rahmenabkommen», sagt Rühl jedoch und ergänzt: «Sollte dieses scheitern, wäre ein Freihandelsabkommen wohl eine naheliegende Alternative.» Die Geschäftsführerin von Economiesuisse gibt allerdings zweierlei zu bedenken, zum einen: «Es dauert Jahre, bis ein solcher Vertrag ausgehandelt ist. Zum anderen mache es einen Unterschied, ob die Vertragsparteien geografisch gesehen Tausende von Kilome-

tern voneinander entfernt seien oder ob es sich um Nachbarn handle. Das Abkommen zwischen der EU und Kanada könne insofern keine Blaupause für ein solches Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der EU sein. «Aufgrund der geografischen Nähe sind unsere Beziehungen enger und vielfältiger – denken Sie etwa an die Personenfreizügigkeit oder den Landverkehr», sagt Rühl.

Sich an Südkorea orientieren

Bei Unternehmern aus der Region Schaffhausen kommt der Vorschlag eines umfassenden Freihandelsvertrags gut an. «Ein Wirtschafts- und Freihandelsabkommen, wie es Kanada und die EU abgeschlossen haben, wäre auch für die Schweiz ein grundsätzlich guter Weg», sagt Markus Gross, Geschäftsführer der Zanol GmbH, die Zulieferin für die Medizintechnik-Branche ist. «Sollte jedoch ein Neustart erfolgen», so Gross, «dann muss ein Ergebnis herauschauen, das den Marktzugang und gute Rahmenbedingungen für Schweizer Unternehmen gewährleistet.»

Marcel Fringer ist zwar Präsident des Kantonalen Gewerbeverbandes Schaffhausen. Mit den SN sprach er jedoch als Unternehmer und Geschäftsführer. Grundsätzlich kann auch er einem umfassenden Freihandelsvertrag Gutes abgewinnen. «Man müsste ihn sich allerdings genau überlegen. Denn Neuverhandlungen würden vermutlich Jahrzehnte der Unsicherheit bedeuten.» Er frage sich zudem, ob die EU mit der Schweiz überhaupt zurück auf Feld eins gehen würde. «Die Verhandlungen zwischen Grossbritannien und der EU deuten darauf hin, dass die EU auch gegen über der Schweiz sehr hart bleiben wird», sagt Fringer.

Er findet, die Schweiz sollte die Handelsbeziehungen mit Ländern ausserhalb Europas vertiefen. «Neben den USA und China sollte sich die Schweiz an Ländern orientieren, die Spitzentechnologien hervorbringen. Ich denke beispielsweise an Südkorea.» Im Weiteren hält Fringer Indien und Indonesien für wirtschaftlich bedeutsame Nationen. Beiden spricht er grosses Potenzial zu. Über ein

Freihandelsabkommen mit Indonesien stimmt die Schweiz am 7. März 2021 ab. Fringer, der Unternehmer aus Thayngen, lehnt einen EU-Beitritt ab. «Ein Rahmenabkommen wie auch die bilateralen Verträge halte ich aber für absolut wichtig. Baden-Württemberg und die Lombardei sind ebenso wichtige Handelspartner wie die USA respektive China. Von diesen Nachbarregionen sind wir stark abhängig.» Darum hält es Fringer für richtig, dass das Rahmenabkommen nachverhandelt wird. Was Souveränitätsverluste angeht, sagt er: «Ich bin nicht derart skeptisch wie die Vertreter von Autonomiesuisse und glaube nicht, dass die Schweiz viel abhängiger werden wird. Wir müssen bereits heute EU-Recht übernehmen.» Markus Gross findet: «Souveränitätsverluste schmerzen wohl. Aber was bedeutet Souveränität in einer vernetzten Welt?» Die Schweiz sei Teil von Europa und könne sich nicht isolieren. Darum müsse man mit gewissen Souveränitätsverlusten leben – «jedoch ohne unsere Werte aufzugeben».

Freihandelsabkommen mit Indonesien stimmt die Schweiz am 7. März 2021 ab. Fringer, der Unternehmer aus Thayngen, lehnt einen EU-Beitritt ab. «Ein Rahmenabkommen wie auch die bilateralen Verträge halte ich aber für absolut wichtig. Baden-Württemberg und die Lombardei sind ebenso wichtige Handelspartner wie die USA respektive China. Von diesen Nachbarregionen sind wir stark abhängig.» Darum hält es Fringer für richtig, dass das Rahmenabkommen nachverhandelt wird. Was Souveränitätsverluste angeht, sagt er: «Ich bin nicht derart skeptisch wie die Vertreter von Autonomiesuisse und glaube nicht, dass die Schweiz viel abhängiger werden wird. Wir müssen bereits heute EU-Recht übernehmen.» Markus Gross findet: «Souveränitätsverluste schmerzen wohl. Aber was bedeutet Souveränität in einer vernetzten Welt?» Die Schweiz sei Teil von Europa und könne sich nicht isolieren. Darum müsse man mit gewissen Souveränitätsverlusten leben – «jedoch ohne unsere Werte aufzugeben».

Freihandelsabkommen mit Indonesien stimmt die Schweiz am 7. März 2021 ab. Fringer, der Unternehmer aus Thayngen, lehnt einen EU-Beitritt ab. «Ein Rahmenabkommen wie auch die bilateralen Verträge halte ich aber für absolut wichtig. Baden-Württemberg und die Lombardei sind ebenso wichtige Handelspartner wie die USA respektive China. Von diesen Nachbarregionen sind wir stark abhängig.» Darum hält es Fringer für richtig, dass das Rahmenabkommen nachverhandelt wird. Was Souveränitätsverluste angeht, sagt er: «Ich bin nicht derart skeptisch wie die Vertreter von Autonomiesuisse und glaube nicht, dass die Schweiz viel abhängiger werden wird. Wir müssen bereits heute EU-Recht übernehmen.» Markus Gross findet: «Souveränitätsverluste schmerzen wohl. Aber was bedeutet Souveränität in einer vernetzten Welt?» Die Schweiz sei Teil von Europa und könne sich nicht isolieren. Darum müsse man mit gewissen Souveränitätsverlusten leben – «jedoch ohne unsere Werte aufzugeben».

«Ganz schön frech, Herr Noser»

Die SVP hat in der Wintersession eine ausserordentliche Session zum Rahmenabkommen verlangt. Zwei Motionen wurden im Nationalrat abgelehnt. Im Ständerat kam es gar nicht erst zu einer Diskussion.

Reto Zanettin

BERN. Das Rahmenabkommen hat gestern und am Mittwoch den Ständerat respektive den Nationalrat beschäftigt. Die SVP-Fraktion hat eine ausserordentliche Session verlangt und dazu zwei Motionen eingereicht. Die eine beauftragte den Bundesrat, sicherzustellen, dass die Klärungen zum Lohnschutz, zur Unionsbürgerrechtlinie und zu den staatlichen Beihilfen im Vertragstext festgehalten werden. Nur dadurch könne Rechtssicherheit in den offenen Punkten erreicht werden, begründeten die Motionäre ihren Vorstoss. Eine blosser Erklärung wäre ihnen zu wenig gewesen. «Wir wollen etwas Verbindliches, das uns Klarheit schafft», sagte der Schaffhauser SVP-Ständerat Hannes Germann im September, kurz nachdem er den Vorstoss lanciert hatte.

Mit der zweiten Motion wollte die SVP-Fraktion die Abschreibung des Rahmenabkommens erwirken: «Der Bundesrat wird beauftragt, das institutionelle Abkommen mit der EU nicht zu unterzeichnen, das Vorhaben abzuschreiben und dies der EU klar und unmissverständlich mitzuteilen.» Der Zuger SVP-Nationalrat Thomas Aeschi erklärte am Mittwoch in seinem Votum: «Die Schweiz kann keinen Vertrag unterschreiben, der gegen den Zweckartikel der Bundesverfassung verstösst, welcher die Unabhängigkeit des Landes und die Rechte des Volkes garantiert.» Aeschis Appell an das Ratsplenum half nichts. Nach einer Debatte, die zwischen Ausserminister Ignazio Cassis und einigen Nationalratsmitgliedern hin und her wogte, lehnte die grosse Kammer beide Vorstösse ab.

Nosers Ordnungsantrag

Im Ständerat stellte Ruedi Noser, FDP-Politiker aus dem Kanton Zürich, gestern einen Ordnungsantrag, mit dem er die beiden Motionen der zuständigen Kommission zur Vorprüfung überweisen wollte. Er begründete: «Der Bundesrat ist jetzt in Verhandlungen. Und in dieser Situation möchte ich eigentlich die beiden Vorstösse nicht diskutieren, wenn ich nicht weiss, was unsere zuständige Kommission zu diesen beiden Vorstössen zu sagen hat.»

Thomas Minder, parteiloser Ständerat aus Schaffhausen, fand Nosers Ordnungsantrag «ganz schön frech» sowie «hier und jetzt total fehl am Platz». Den ständerätlichen Entscheid brauche es jetzt, nicht erst in der Frühlingssession. Minders Votum fand aber kein Gehör, eine Mehrheit der kleinen Kammer stimmte für den Ordnungsantrag, womit die ausserordentliche Session beendet war.

Anders als für die Mehrheit der Ständeräte spielte der Zeitpunkt der ausserordentlichen Session für Martina Munz keine Rolle. Die SP-Nationalrätin aus Schaffhausen sagt: «Die SVP hat versucht, die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Sie will grundsätzlich kein Rahmenabkommen und möchte den bilateralen Weg beenden.»

Der Zeitpunkt wäre der richtige gewesen, sagt Hannes Germann. «Einige Ratskollegen haben die Diskussion aber unterbunden.» Die FDP habe sich schützend vor ihren Bundesrat Ignazio Cassis

gestellt. Die Motionen seien im Ständerat nicht vom Tisch. «Sie werden wohl aber auf die lange Bank geschoben», sagt Germann. «Meine Motion hätte dem Bundesrat den Rücken gestärkt», argumentiert er mit Blick auf die weiteren Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU. Nun aber hätten sich die Chancen nicht erhöht, dass die Präzisierungen der drei offenen Punkte verbindlich im Vertragstext festgehalten würden. «Der Bundesrat und seine Verhandlungsdelegation laufen Gefahr, am Schluss einen Scherbenhaufen verantworten zu müssen, wenn verbindliche Zusagen misslingen oder in einer blossen Erklärung aufgenommen werden.» Dann nämlich werde das Rahmenabkommen vielleicht nicht im Parlament, wohl aber vor dem Volk scheitern, so Germann.

«Schattenboxen der SVP»

Munz hält das Verhalten der SVP für blosses Schattenboxen: «Die SVP würde das Rahmenabkommen selbst dann ablehnen, wenn die Präzisierungen zu den drei Punkten in den Vertragstext aufgenommen würden.» Ausserdem seien Erklärungen so verbindlich, wie andere internationale Vereinbarungen auch. «Wenn sich die zwei Vertragsparteien einigen, gilt das Vereinbarte.» Insofern ändere sich für den Bundesrat nichts, er müsse die Klärungen in den genannten Punkten herbeiführen. In Richtung Brüssel signalisiere der Ausgang der ausserordentlichen Session, dass die Schweiz am eingeschlagenen Weg festhalte und das Rahmenabkommen möglichst bald unterzeichnen wolle.

Zu einem anderen Schluss kommt Germann: «Ich kann mir schwer vorstellen, dass Brüssel die Schweiz wirklich ernst nimmt.» Die Lage sei bereits vor der ausserordentlichen Session unvorteilhaft gewesen. Nun würden Verhandlungen auf Augenhöhe noch schwieriger. «Das Rahmenabkommen gleicht – man muss es so deutlich sagen – einem Kolonialvertrag», erklärt Germann. Er möchte, wie er sagt, zu einer Verhandlungslösung beitragen. Damit geht Germann weniger weit als sein Ratskollege Werner Salzmann. Der Berner SVP-Politiker sagt: «Die Schweiz sollte den Rahmenvertrag abschreiben.» Denn: «Auch wenn die Klärungen der offenen Punkte gelingen, bleiben zwei grosse Schwachstellen des Rahmenabkommens bestehen: die dynamische Rechtsübernahme und die Rolle des Europäischen Gerichtshofs.»

Um sich gegen Sanktionen der EU zu wappnen, schlägt Salzmann ein Revitalisierungsprogramm vor. Was dieses im Einzelnen beinhalten würde, sei noch offen. «Es würde jedoch dem Programm gleichen, das dem EWR-Nein folgte.» Damals legte der Bundesrat eine gut 190-seitige Botschaft zu einem Folgeprogramm nach dem Nein vom 6. Dezember 1992 vor. Darin schlug die Landesregierung Änderungen von 27 Erlassen vor. Im Zentrum standen etwa das Wettbewerbsrecht, der Arbeitsmarkt, Bildung und Forschung, der Schweizer Binnenmarkt, die Finanzen, Infrastrukturen, Soziales und die Landwirtschaft. Zugleich liefen Verhandlungen mit der EU, die in den Abschluss des ersten Pakets der bilateralen Verträge mündeten.

«Ich kann mir schwer vorstellen, dass Brüssel die Schweiz wirklich ernst nimmt.»

Hannes Germann
SVP-Ständerat aus dem Kanton Schaffhausen

VIDEO
Die Voten von
Hannes Germann und
Thomas Minder unter
www.shn.ch/click